

Sozialistische Demokratie erlangt höheren Reifegrad

Unsere Republik steht vor einem weiteren Höhepunkt ihrer gesellschaftlichen Entwicklung, vor den Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen. In einer Volksaus-sprache gilt es, alle Bürger mit der großen Perspektive, mit den Umrissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, mit den Wegen und Aufgaben zur Erreichung dieses Zieles, wie sie auf dem VII. Parteitag dargelegt wurden, vertraut zu machen.

Das gründliche Studium der Beschlüsse und Ergebnisse des VII. Parteitages ist eine Grundvoraussetzung, um die Aufgaben in der Wahlbewegung zum Nutzen unseres sozialistischen Vaterlandes in Ehren zu erfüllen. Da der demokratische Prozeß der Wahlvorbereitung und die Wahl selbst Kulminationspunkte sind, durch die Millionen unserer Bürger Weg und Ziel der weiteren Entwicklung ihres Staates bestimmen, gewinnen die Fragen des Ausbaus unserer Staatsordnung entsprechend den Weisungen des VII. Parteitages an Bedeutung.

Im Parteitagreferat Walter Ulbrichts ist ein ganzes Programm zur Gestaltung des Staats- und Rechtsordnungs für die Entwicklung des Sozialismus enthalten. Wodurch, daß in dieser Zeit die Aufgaben des sozialistischen Staates wachsen und er als die politische Organisation des Volkes unter Führung der Partei und durch die vielseitige Tätigkeit der gewählten Organe und der Werkstätten auf der Grundlage der wissenschaftlichen Voraussicht und der Aufgaben des Parteiprogramms ständig die Überwindung der persönlichen Interessen der Bürger und der Interessen der sozialistischen Gemeinschaften mit den gesellschaftlichen Interessen herstellt.

Für die staats- und rechtstheoretische Arbeit ergibt sich hieraus eine umfangreiche Aufgabenstellung. Es ist die theoretische Arbeit zu vertiefen und enger mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu verbinden, ein wissenschaftliches Zurückbleiben hinter den gesellschaftlichen Anforderungen rasch zu überwinden, die Forschungsarbeit zu fördern und die sozialistischen Demokratie zu stärken und insbesondere Lehr- und Rechtslehre auszubauen.

Zusammenhang mit der Wahlbewegung spielt ein für die staatsrechtliche Arbeit aufzuwerfendes Grundproblem in der Zeit vom VI. bis zum VII. Parteitag des von VI. Parteitag festgelegten Programms: „Die Aufgabe des sozialistischen Staates besteht darin, die wesentlichen Teilbereiche des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus — ökonomisches System des Sozialismus, sozialistisches Bildungssystem und sozialistische Kultur, System der sozialistischen Demokratie usw. herauszubilden.“

Der VII. Parteitag konnte deshalb auf dem VI. Parteitag beschlossene Programme präzisieren, indem er die Theorie und Taktik zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ausarbeitete.

Walter Ulbricht forderte auf dem VII. Parteitag, das ökonomische System des Sozialismus mit dem sozialistischen Bildungssystem, der sozialistischen Kultur und dem System der sozialistischen Demokratie zum gesellschaftlichen Gesamtsystem des Sozialismus zu verbinden, alle Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie Bildung, Kultur, Recht, Demokratie, Ideologie, politische Massenarbeit usw. auf ein gleiches fortgeschrittenes Niveau zu bringen und dadurch in einem Prozeß bewußt gesteuerter Wechselbeziehungen mit geringstmöglicher Aufwand und in historisch kürzestmöglicher Frist die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu schaffen.“

Der sozialistische Staat stellt bei der

Gestaltung dieses Systems das entscheidende Instrument dar: er gehört zum Wesensinhalt dieses Systems. Die gesamte Tätigkeit des sozialistischen Staates auf ökonomischem, ideologisch-kulturellem, sozialem und politischem Gebiet, die eine untrennbare Einheit bildet, ist mit allen Bereichen dieses Systems verbunden; sie ist in diesem System verankert. Das zeigt sich in folgendem:

Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus wird erstens durch ein hohes Niveau und ein rasches Wachstumstempo der Produktivkräfte und durch stabile, sich entwickelnde sozialistische Produktionsverhältnisse charakterisiert. Eine Hauptfunktion des sozialistischen Staates — die wirtschaftlich-organisatorische — besteht gerade darin, dieses Erfordernis des „Systems“ zu verwirklichen, nämlich den Wirkungsmechanismus des Systems der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution umfassend und präzise zu realisieren. Die ökonomische Funktion unseres sozialistischen Staates ist somit darauf gerichtet, das ökonomische System unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution als Kernstück der sozialistischen Gesellschaft voll zur Geltung zu bringen.

Zweitens. Zum Wesensinhalt des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gehören weiter die zielstrebige Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems und die Durchdringung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens durch die sozialistische Ideologie. Denn die Lösung aller Aufgaben des Sozialismus hängt in entscheidendem Maße von der Förderung der schöpferischen Fähigkeiten der Menschen ab. Und darin besteht gerade der Hauptinhalt einer weiteren Hauptfunktion unseres sozialistischen Staates, der ideologisch-kulturellen, die untrennbar mit seiner ökonomischen Tätigkeit verbunden ist.

Drittens. Die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bürger ist ein weiteres Wesensmerkmal des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Damit ist eine weitere Tätigkeitsrichtung unseres Staates angeprochen. Die auf Vorschlag des VII. Parteitages vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen zeugen davon, daß unser Staat unter Berücksichtigung des erreichten Entwicklungsstandes der Produktion planmäßig entsprechende Maßnahmen realisiert, um den Wohlstand des Volkes zu erhöhen und damit das entwickelte gesellschaftliche System zu gestalten.

Viertens. Und schließlich ist vor allem die allseitige Entfaltung und Vervollkommen der sozialistischen Demokratie als Wesensinhalt des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zugleich die wichtigste politische Tätigkeit unseres sozialistischen Staates. Denn die sozialistische Demokratie ist die entscheidende gesellschaftliche Kraft, durch die die Volksmassen als Träger unserer Staats- und Gesellschaftsordnung die objektiven gesellschaftlichen Gesetze bewußt verwirklichen.

Entfaltung der Demokratie objektives Gesetz

Walter Ulbricht führte auf der 26. Sitzung der Volkskammer aus, daß die „schöpferische Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung der Gesellschaft, des Staates und der Wirtschaft... zu den Wachstumsfaktoren unseres Gesellschaftssystems (gehört). Es gibt keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens und keinen Platz im gesellschaftlichen System der DDR, in dem die sozialistische Demokratie nicht zu Hause wäre.“

Diese Feststellung geht davon aus, daß die Entfaltung der Demokratie beim Aufbau der neuen Gesellschaftsformation eine objektive Gesetzmäßigkeit ist. Die sozialistische Demokratie, die im Wesen der neuen Gesellschaftsordnung und in der Macht der von der Arbeiterklasse geführten Massen selbst begründet liegt, ist ihrer Natur nach mit allen gesellschaftlichen Lebensbereichen verknüpft. Einen Demokratie „an sich“ gibt es nicht. Die sozialistische Demokratie ist mit der Klassenstruktur und der politischen Organisationsform der Gesellschaft, mit den sozialen und politischen Rechten der Bürger, überhaupt mit der Stellung der Persönlichkeit, mit der Ökonomie, der Kultur usw. verbunden. Der Inhalt der Demokratie beim Aufbau der neuen Gesellschaft wird von den Erfordernissen der objektiven Gesetze der Gesellschaft geprägt. Deshalb hat z. B. die Partei- und Staatsführung mit der Ausarbeitung und Realisierung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung die wissenschaftliche Führungstätigkeit auf das engste mit der weiteren Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen, mit dem Ausbau der Demokratie verbunden. Die effektive Mitarbeit der Werktätigen in der Produktion, bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, im Bereich der Ideologie und Kultur, bei der Durchsetzung des neuen sozialistischen Bildungssystems usw. wird zu einer tieferen Beherrschung des gesellschaftlichen Lebens bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus führen.

So sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Systems der DDR untrennbar mit der sozialistischen Demokratie, ihrer Weiterentwicklung beim Ausbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus verbunden. Dem spezifischen staatlichen Aspekt der Demokratie kommt jedoch besondere Bedeutung zu. Da der sozialistische Staat als neuer, höherer Typ der Demokratie das Hauptinstrument der werktätigen Volksgenossen zur Führung der Arbeiterklasse mit der Partei an der Spitze zur Schaffung der neuen Gesellschaft ist, ist die konkrete Teilnahme der Volksmassen an der Leitung des Staates — und dadurch an der Leitung der Gesellschaft — eine Kernfrage der Demokratie. Dem sozialistischen Staat obliegt somit als Ausdruck seines Wesens die historische Aufgabe, einerseits den gesellschaftlichen Formen der Demokratie größte Unterstützung zu geben und andererseits die demokratischen Elemente seines Mechanismus und Apparates selbst auszubauen. Dieses objektive Erfordernis wird von unserer Partei in Übereinstimmung mit den inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen beim Kampf um die Vervollkommen des Sozialismus schöpferisch gestaltet.

Da die Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaft nicht durch die staatlich führende Arbeiterklasse allein erfolgen kann, sondern durch das Volk insgesamt erfolgt, stützt sich der Staat der DDR beim umfassenden Aufbau und der Vervollkommen des So-

zialismus fest auf die bewährte Zusammenarbeit der in der Nationalen Front vereinigten Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte; Walter Ulbricht sagte auf der 26. Volkskammersitzung: „Zu den bedeutendsten Ergebnissen unserer bisherigen Entwicklung gehört auch die feste Zusammenarbeit aller politischen Kräfte des Volkes. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Kampfpartei sind alle Klassen und Schichten des Volkes an der Ausübung der Staatsmacht beteiligt.“ Diese Staatsmacht fördert in jeder Weise die Tätigkeit und das Zusammenwirken aller Teile des politischen Gesamtmechanismus der Gesellschaft; sie gestaltet das Bündnis der Arbeiter mit allen Werktätigen, insbesondere mit der Bauernschaft, und allen Kräften, die den Sozialismus unterstützen; sie löst vielseitige und umfangreiche Aufgaben bei der gesetzmäßigen Entfaltung der sozialistischen Demokratie für die weitere Stärkung des sozialistischen Staates selbst.

Durch den Ausbau des Wahlsystems, den Aufbau der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, die Entwicklung von Produktionskomitees in den Betrieben und gesellschaftlichen Räten in den VVB sowie durch vielfältige weitere Formen der Mitwirkung an der Lösung der staatlichen Aufgaben — ehrenamtliche Arbeit, öffentliche Diskussion wichtiger Gesetze und gesamtstaatlicher und örtlicher Maßnahmen, die planmäßig weiter ausgebaut werden — nehmen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus immer mehr Bürger unmittelbar an der Verwirklichung der Staatspolitik teil.

Rolle der Volksvertretungen wächst

Da die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus höhere Anforderungen an die Leitung von Staat und Gesellschaft stellt, „wächst objektiv die gesellschaftliche Funktion der Volksvertretungen.“ (Walter Ulbricht, 26. Sitzung der Volkskammer). In der Zeit der Vervollkommen des Sozialismus ist deshalb das Ziel der staatlichen Tätigkeit vor allem darauf gerichtet, die Volksvertretungen, die wichtigsten Organe der sozialistischen Demokratie, die den Staat zugleich als die umfassendste Organisation im System der Demokratie charakterisieren, durch die Einbeziehung breiterer Kreise des Volkes in die leitende staatliche Tätigkeit weiter zu vervollkommen. Die Wahlen zur Volkskammer und den Bezirkstagen sind der nächste wichtige Schritt zur Lösung dieser Aufgabe. Die sozialistische Demokratie wird so einen höheren Reifegrad erreichen.

Somit wird sichtbar, daß die Leitung der Wirtschaft und der anderen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens durch die staatliche Tätigkeit immer mehr dem wachsenden Bedürfnis der Bürger entspricht, die sozialistischen Beziehungen selbst mitzugestalten. Zugleich wird offensichtlich, daß der Wesensinhalt des sozialistischen Staates der DDR darin besteht, die Werktätigen bei der Realisierung der Gesetze des Sozialismus zu leiten und zu führen, ihre schöpferischen Kräfte für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus freizulegen und zu organisieren.

Hartes Ringen um demokratische Rechte

Studenten in Westdeutschland fordern autoritäre Maßnahmen und Einschränkungen zur Wehr setzen

Bonn

Wie bereits berichtet, setzten sich Studenten der Bonner Universität gegen das Rede- und Versammlungsrecht in den Universitätsräumen zur Wehr. Bundespräsident Lübke, der der greisen Wissenschaftlerin die Annahme des französischen Ordens „Palme académique“ verweigert hatte, hatte für den Fall ihres Auftretens mit dem Rücktritt als Ehrensenator der Universität gedroht. Die „Frankfurter Rundschau“ stellt zu der Affäre fest: „Leider sind derartige Redevorbereitungen allmählich auch typisch für einen Staat, der sich fortwährend als freiheitlich brüht.“ Und: „Nicht nur dieses Vorkommnis wirft aber die Frage auf, ob die Studentenvertretungen nicht in eine unwürdige Lage geraten, wenn irgendein Rektor sich unter Berufung auf das Hausrecht das Amt eines politischen Zensors anmaßen darf.“ Rektor Prof. Gassner hatte auch eine Protestveranstaltung gegen den Staatsstreik in Griechenland untersagt. Er erklärte, die Organe der Studentenschaft dürften die politischen Fragen nur „im Rahmen der studentischen Interessen“ Stellung nehmen.

Frankfurt (Main)

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) in Frankfurt am Main sah sich gezwungen, gerichtliche Schritte gegen das brutale Vorgehen der Polizei einzuleiten, die auf einer Kundgebung die Studentenproteste gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam mit Schlägen beantwortet hatte.

ASIA, SHB und SDS mußten sich darüber hinaus gegen den Vorwurf seitens Oberbürgermeister Brundert verwehren, die Studenten hätten sich durch ihr Engagement undemokratisch verhalten. In einem offenen Brief an den Oberbürgermeister erklärten sie, das demonstrative Auftreten Brunderts mit amerikanischen Generalen stelle eine Mißachtung der Meinung großer Teile der Öffentlichkeit dar und erhalte den Charakter eines propagandistischen Versuches, der Regierung Johnson zu neuem Ansehen zu verhelfen. Der Vorwurf des undemokratischen Verhaltens folle auf Brundert zurück, weil er sich der Opposition gegen den Vietnamkrieg widersetze und anstatt öffentlicher Diskussionen das Vorgehen der Polizei gutheißt.

Westberlin

4709 Studenten (gegen 4383) der Westberliner „Freien Universität“ sprachen in einer Urabstimmung dem Konvent (Studentenvertretung) das Vertrauen aus, der den Rektor aufgefordert hatte, seine autoritären Disziplinarmaßnahmen gegen führende Vertreter der demokratisch gesinnten oppositionellen Studenten aufzuheben.

Rektor Lieber hatte mit einer Stellungnahme die Studenten zu irritieren und zu erpressen versucht, indem er in Aussicht stellte, bei einem Mißtrauensvotum gegen die Studentenvertreter von Disziplinarmaßnahmen absehen zu wollen.

Gegen die gewählten Studentenvorsteher auf den Plan trat während der Auseinandersetzung um die Urabstimmung auch eine Gruppe Studenten, die die Konstituierung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes an der FU ankündigte. Der der CDU nahe-stehende Ring Christlich-Demokratischer Studenten ließ verlauten, er wolle mit anderen Studentengruppen eine „breite Einheitsfront“ gegen oppositionelle Studenten schaffen.



In diesem Stile sudelt William S. Schlamm über 200 Zeilen in Springers „Welt am Sonntag“.